

**Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU**

Juni 1984

Evangelische Verantwortung

Heft 6/1984

**Fröhlich in Hoffnung
Erinnerungen an deutsche Einheit**
Hans Stalger

Vor 30 Jahren trafen sich zum letzten Mal in der Geschichte des Deutschen Evangelischen Kirchentages Christen aus Ost und West zu einem Gesamtdeutschen Kirchentag auf dem Gebiet der DDR. Leipzig 1954 — ein denkwürdiges Treffen, das bei uns jungen Besuchern (ich gehörte zu einer Gruppe der evangelischen Jugend aus Hessen) tiefe Eindrücke hinterließ.

Erinnern tut gut: Der „guten Taten Gottes“ in der Bibel. Aber auch der „kleineren“ Ereignisse im Leben einer Kirche, einer Gemeinde oder eines Volkes. Quasi als Denkpause und Orientierungskontrolle auf einem langen Weg, und gegen alles Herausmogeln aus der Geschichte.

Erinnern damit auch der Brüder: Präsident D. Dr. von Thadden-Trieglaff und sein lebhafter Generalsekretär Heinrich Giesen, Bischof Lilje, Generalsuperintendent D. Jacob, Martin Niemöller und viele andere große Gestalten des protestantischen Nachkriegsdeutschland.

Das war eine illustre Gesellschaft, die da in den ersten Reihen beim Eröffnungsgottesdienst auf Leipzigs Wilh.-Leuschner-Platz saß: Neben den vorgeannten Persönlichkeiten DDR-Volkskammerpräsident Dr. Diekmann, Bischof D. Dibelius, stellvertretender Ministerpräsident Otto Nuschke, Propst Heinrich Grüber, Bundestagspräsident Hermann Ehlers u. a. Aus allen Teilen des Rest-Deutschland waren sie, meist mit Sonderzügen, angereist. Und dies nur ein Jahr nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Soviel bewegte sich damals noch.

Bilder aus dem Gedächtnis hervorgeholt: Bibelarbeit mit Martin Niemöller und Walter Lüthi. Gebete im sowjetischen Pavillon unter der Stalin-Büste. Kirchentagsgesänge in den überfüllten Leipziger Straßenbahnen. Johannes R. Becher, der Dichter der DDR-Hymne, in einer Diskussion mit jungen Leuten, Hauptversammlung auf der Rosental-Wiese mit 600 000 Menschen. Glückliche im Sinne der Kirchentagslosung „Seid fröhlich in Hoffnung . . .“.

Beim Nachschlagen im Berichtsband (Fröhlich in Hoffnung; Gesamtdeutsche Ausgabe 1954) begegne ich ständig der damals wachen Hoffnung auf Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands. Wie aus einer fernen Welt klingt der Wunsch des damaligen Leipziger Oberbürgermeister Uhlig, „daß der nächste Kirchentag in einem einheitlichen, friedlichen und demokratischen Deutschland endlich durchgeführt wird“. Oder die Worte des schwedischen Bischofs Cullberg als Vertreter der Ökumene: „Wenn wir vom Ausland her eine Hoffnung aussprechen dürfen, so wäre es die, daß recht bald die unnatürlichen Grenzen zwischen den Zonen verschwinden möchten, denn der gegenwärtige Zustand ist eine ganz unnatürliche Situation (allgemeiner Beifall). Heute bin ich an der Grenzstelle angekommen und habe dort eineinhalb Stunden gesessen, nur um von einem Platz zum anderen in ein und demselben Lande zu kommen. Das kann doch nicht richtig sein. (Beifall)“

In der Evangelischen Kirche in Deutschland ist die Einheit ja schon eine Tatsache. Wir hoffen, daß diese Einheit auch im deutschen Volk und im deutschen Land bald eine Tatsache werden wird.“

Zwischen die Bilder der Erinnerung schieben sich frische Eindrücke vom Frühsommer 1984 in Leipzig.

Der graue Schleier, den Braunkohle und andere Umweltbelastungen auf die Stadt legen, erscheint mir symbolisch für jenen Schleier, den die staatliche Bevormundung auf menschlichen Geist und Gemüt gelegt hat.

Auf der Fahrt in die Außenbezirke begegne ich langen Häuserzeilen aus der Gründerzeit, deren Fassaden seit 1954 (und wie lange davor?) keine Farbe mehr gesehen haben.

Wundern darüber, daß hier selbst dem einstigen Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler, einem der Köpfe des 20. Juli 1943 gegen Hitler, das ehrende Gedenken bei der Namensgebung von Schulen und Straßen versagt bleibt.

Aber auch dies: Freude bei der Begegnung mit Menschen, die sich ihrerseits über den Besuch aus dem Westen freuen. Glückliche über das Auffinden der Zimmerwirtin, die uns vor 30 Jahren als Kirchentagsgäste beherbergte. Stärkung im evangelischen Gottesdienst mit altbekannten Liedern und einer klaren und (wie ich empfinde) mutigen Predigt in der Thomaskirche. Empfinden von Geborgenheit in einem vollen Haus mit vielen jungen Gesichtern und im Lauschen auf Johann Sebastian Bachs gewaltige Sprache der Musik.

Als ich nach 30 Jahren die Rede des stellvertretenden DDR-Ministerpräsidenten Otto Nuschke, gehalten zur Begrüßung im Rathaus, nachlese, traue ich zunächst meinen Augen nicht. Man mag über Nuschkes Glaubwürdigkeit streiten, unstrittig ist der Wortlaut seiner damaligen Rede, in der es u. a. heißt: „Der Christ . . . kann nicht vorbeigehen an den großen Fragen der Menschen in der deutschen Nation, der Erhaltung des Friedens und der Wiedergewinnung der nationalen Einheit.“

Die brennendste Kernfrage der Gegenwart ist die Erhaltung und Sicherung des Friedens. Für den Christen ist die Verpflichtung, für den Frieden einzutreten, selbstverständlich. Er würde aufhören Christ zu sein, wenn er sich dieser Verpflichtung jetzt mit billigen Vorwänden entziehen wollte.

Mit der Frage der Erhaltung des Friedens ist aber auch die Frage der deutschen Wiedervereinigung untrennbar verbunden. Was wir ersehnen, ist eine Einheit in Frieden. Ist der Friede in Europa und in der Welt gesichert, dann wird auch die Frage der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes gelöst sein.

Gerade weil die Evangelische Kirche in Deutschland . . . ein intaktes Organisationsgefüge hat, das ganz Deutschland umfaßt, und darüber hinaus das Verbindende des deutschen Protestantismus nicht nur im Organisatorischen liegt, deshalb hat die Kirche, hat jeder einzelne evangelische Christ die Verpflichtung, dieses positive Moment zum Ausgangspunkt seines Eintretens für die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes zu machen.“

So können selbst wir Westler heute nicht mehr reden. Die Wirklichkeit hat uns eingeholt und manchen Traum zerstört. Ernüchtert von den Mächtigen dieser Welt werden auch in der Kirche heute kleindeutsche Brötchen gebacken.

Eine berechtigte Frage wäre aber die, ob wir inzwischen nicht an diesbezüglicher Gemütsunterküh-

lung und Bewußtseinsstörung leiden. Und was unsere jungen Pfarrer und Presbyter wohl über jenen Ostberliner Pastor denken, der noch im Jahre 1983 (oder wieder? im Fürbittgebet spricht: „Herr schenke uns die Wiedervereinigung unseres Volkes, auch wenn wir es nicht verdient haben“.

Diese Zeilen wollen Erinnerung wachhalten, um Orientierung zu gewinnen, sind Aufforderung, sich der besonderen „Haftungs-, Verantwortungs- und Hoffnungsgemeinschaft aller Deutschen“ (Altbischof Schönherr) bewußt zu werden, und die bestehenden Möglichkeiten zu menschlichen Kontakten nach „drüben“ besser zu nutzen. Schließlich als Aufforderung, die kirchlichen Patenschaften stärker zu beleben.

Diese Zeilen sind geschrieben auch unter dem Eindruck, daß viele Kommunalpolitiker, selbst von der CDU, ihre Chancen zur Bewußtmachung der deutschen Teilung vertun. (Wann wohl haben Sie z. B. beim europäischen Partnerschaftstreffen Ihrer Stadt oder Gemeinde einen Hinweis auf den anderen Teil unserer Nation vernommen?).

Als Besinnungshilfe und als Anreiz für das Gespräch zwischen Jung und Alt in Kirche und Politik sei hier abschließend eine Passage wiedergegeben, die uns 1954 als „Wort des Kirchentags“ in unsere Heimatgemeinde begleitete:

„Ob wir im Osten und im Westen bald vereinigt werden, weiß kein Mensch. Vielleicht liegt ein langer und harter Weg vor uns. Es besteht Gefahr, daß die einen erschöpft zusammenbrechen und die anderen sich selbst sichern. Wir dürfen und wollen das nicht! Wir halten einander fest, denn der Friede Christi unter uns übt seine Macht aus; weil wir Jesus Christus loben, darum trennen wir uns nicht; weil wir Jesus Christus bekennen, darum beten wir füreinander; weil wir Ihn gemeinsam lieben, darum trägt einer des andern Last; weil wir so von Seinem Frieden leben, lassen wir uns nicht in den Haß gegeneinander treiben. In diesem Frieden, den Christus gibt, gehen wir von Leipzig heim in unsere Gemeinden nach Ost und West. Gott behüte uns auf unserem gemeinsamen Weg, daß wir zusammenbleiben unter der Losung dieser Stunde: „Seid fröhlich in Hoffnung, geduldig in Trübsal, haltet an am Gebet!“

(Alle Zitate entnommen: Fröhlich in Hoffnung. Der Deutsche Evangelische Kirchentag 1954 in Leipzig. Kreuz-Verlag, Stuttgart).

Aus unserer Arbeit

Umfangreiche Arbeit geleistet

Einen ausführlichen Rechenschaftsbericht gab die Bezirksvorsitzende Ruth Bauer. In den vergangenen zwei Jahren hatte sich der Evangelische Arbeitskreis der CSU in verschiedenen Orten Unterfrankens aktuellen Fragen gestellt. So wurden zu den Themen „Kirche und

Politik“, „Bergpredigt und Politik in unserer Zeit“ sowie „die Verantwortung der Kirche für die Arbeitswelt heute“ Referate gehalten.

Ruth Bauer berichtete weiter, daß dem Landesvorstand vier Mitglieder aus Unterfranken angehörten. Leider gebe es zur Zeit keine evangelischen Bundestags- oder Landtagsabgeordnete.

In ihren Ausführungen forderte die Bezirksvorsitzende eine verstärkte Betätigung der evangelischen Mitbürgern bei der CSU. Auch sollten sich die Pfarrer bei den Kanzelpredigten vor einer Verallgemeinerung über die Politik und die Politiker hüten, weil sie dadurch allen Unrecht täten, die sich in der Demokratie um eine Mitarbeit in der Politik bemühten.

Kritik am Kirchentag

Evangelischer Arbeitskreis der CSU tagte in Bayreuth

Bayreuth: Kritik am Deutschen Evangelischen Kirchentag ist bei der oberfränkischen Bezirksversammlung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU in Bayreuth geübt worden. EAK-Bundesgeschäftsführer Erhard Hackler äußerte als Referent der Tagung die Sorge, das größte protestantische Laientreffen könne in Düsseldorf zu einem ökologisch-ökonomischen Tribunal geraten.

Unter dem Vorsitz von Erhard Eppler sei der Kirchentag durch eine „poppige Festivalatmosphäre und einen penetranten Hauch geistig-theologischer Intoleranz“ gekennzeichnet gewesen, sagte Hackler. Während der Einfluß der hauptamtlichen Kirchentagsmitarbeiter immer mehr zunehme, seien die Laien fast

machtlos. Die Kirchentage befänden sich inzwischen in erheblicher Distanz zur Mehrheit der treuen Kirchgänger sowie der Kirchenleitungen.

Obwohl das protestantische Laientreffen Hackler zufolge an einem kritischen Punkt seiner Entwicklung angelangt ist, warnte der EAK-Bundesgeschäftsführer vor einem Boykott. Nach wie vor biete der Kirchentag auch die Chance des direkten Gesprächs über den Glauben. Als positiv sei ferner zu vermerken, daß hier Berührungspunkte zwischen den Generationen abgebaut würden. Der Kirchentag sei jedoch kein Ersatzforum für politische Klärungsprozesse und dürfe nicht zur Anklagebank für die Politik werden. Der oberfränkische EAK-Bezirksvorsitzende, der Marktredwitzer Stadtrat Franz-Dieter Bley, äußerte die Auffassung, daß sich der Kirchentag von keiner Gruppierung „einspannen“ lassen dürfe: „Er dient niemandem außer dem Herrn der Kirche“.

Bei der Neuwahl der oberfränkischen Bezirksvorstandsschaft wurde Bley mit einem einmütigen Votum in seinem Amt bestätigt. Auch seine beiden Stellvertreter, die Bayreuther Stadträtin Anny Schöffel und Wilhelm Neuperth (Kronach), wurden wiedergewählt. Als Beisitzer fungieren künftig Heinrich Adam (Untersteinach), Heinrich Beck, Dr. Herbert Friedlein, Helmut Alt, Bernd Mayer, Erwin Hermannsdörfer (alle Bayreuth), Albert Wagener (Bamberg), Arnd Schwengberg (Pottenstein), Gerda Jörg (Marktrodach), Kurt Bacza (Kronach) und Werner Küspert (Presseck). Der EAK Oberfranken zählt gegenwärtig nach Mitteilung Bleys 603 Mitglieder. An der Bayreuther Bezirksversammlung nahmen auch der Bayreuther Bundestagsabgeordnete Ortwin Lowack und der Landtagsabgeordnete Willi Müller (Stemmas) teil.

Auf die Fragen der Jugendlichen tragfähige Antworten finden

Gabriele Kokott-Weldenfeld

Frau Prof. Gabriele Kokott-Weldenfeld, Mitglied des Landtages von Rheinland-Pfalz, ist Vorsitzende des Bundesausschusses Jugendpolitik der CDU.

Für das Denken und Handeln von Jugendlichen spielen die Hoffnung auf eine lebenswerte Zukunft und die Bereitschaft, diese Zukunft zu gestalten, eine wichtige Rolle.

Jugendpolitik ist also nicht nur ein politischer Bereich neben anderen. Jugendpolitik ist eine Aufgabe, die immer dann gestellt ist, wenn bei politischen Entwicklungen und Entscheidungen die Situation und die Interessen junger Menschen zu berücksichtigen sind.

Die elementaren Interessen junger Menschen erschöpfen sich nicht nur in Fragen wie denen nach „autonomen Jugendzentren“ oder nach der Bedeutung von gesetzlichen Regelungen, die Jugendliche unmittelbar betreffen. Die Probleme und Fragen junger Menschen sind vielfältiger. Im Vordergrund stehen dabei die Fragen nach einem ver-

antwortbaren Lebensstil, nach einem zufriedenstellenden Beruf, nach Frieden, nach Gerechtigkeit in der Welt, nach Erhalt einer lebenswerten Umwelt, nach Orientierung und Mitwirkungsmöglichkeiten.

In diesem Sinne muß es ein jugendpolitisches Anliegen sein, tragfähige Antworten für und mit jungen Menschen zu finden.

Die Themen der Jugendpolitik

Das jugendpolitische Handeln der kommenden Jahre wird vor allem von drei wesentlichen Themen geprägt sein:

- der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit;
- der Auseinandersetzung mit den neuen sozialen Bewegungen;
- der Integration der ausländischen Kinder und Jugendlichen.

Erstens: Mit dem „Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ hat die CDU eine Reihe

von Maßnahmen aufgezeigt und angeregt, die kurz- und mittelfristig zu einer Entspannung des Problems beitragen können. Bundesregierung, Länder und Gemeinden haben bereits einige dieser Vorschläge aufgegriffen, z. B. die Beseitigung von Beschäftigungsnachteilen durch die Ableistung von Wehr- und Zivildienst, die Förderung überbetrieblicher Maßnahmen als vorübergehende Notmaßnahmen in strukturschwachen Regionen, die Aufstockung und Fortentwicklung des Benachteiligtenprogramms bis 1987, der Abbau von Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst als Beitrag zur Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten.

Diese Maßnahmen reichen aber noch nicht aus, denn auch 1984 werden wieder über 730 000 Lehrstellenbewerber auf den Ausbildungsstellenmarkt drängen. Weiterhin müssen also alle noch vorhandenen Reserven an Ausbildungsplatzkapazität mobilisiert werden und alle – auch unbequeme, unkonventionelle – Wege zur

Lösung dieses Problems gegangen werden.

Zweitens: Der Bericht der Enquête-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ hat die Herausforderungen formuliert, vor denen wir stehen. Wir müssen prüfen, welche Folgerungen aus den Ergebnissen und Empfehlungen dieses Berichtes zu ziehen sind und welcher Handlungsbedarf sich für die Politik aus dieser Untersuchung ergibt. Ein Schwerpunkt der Diskussion muß dabei die intensive Auseinandersetzung mit den neuen Bewegungen sein: Friedensbewegung, Ökologiebewegung, Frauenbewegung und andere hohes Engagement fordernde Bewegungen. Es stellt sich die Frage, was deren publizitätsträchtigen und emotional geprägten Aktionsformen entgegengesetzt werden kann. Es wird z. B. sicherlich notwendig sein, daß die CDU noch überzeugender als bisher die Themen Umweltschutz und Frieden besetzt. So müssen etwa bei der Reinhaltung von Wasser und Luft, bei der Bekämpfung des Waldsterbens, nachprüfbar – und vor allem erfahr- und erlebbar – Ergebnisse erzielt werden.

Für die Friedensdiskussion ist zu wünschen, daß die Idee der Menschenrechte stärker in die Debatte über Wege zum Frieden eingebracht wird. So wie Frieden und Freiheit unteilbar sind, so gehören auch Frieden und Menschenrechte zusammen. Ein dauerhafter Frieden ohne eine politische Ordnung, die sich auf Menschenwürde und Gerechtigkeit stützt, ist undenkbar. In diesem Zusammenhang werden wir anlässlich des Internationalen Jahres der Jugend 1985 zu fragen haben, wie es mit der Achtung der Menschenrechte in der Welt bestellt ist.

Drittens: Wir haben gegenüber ausländischen Kindern und Jugendlichen, die sich ihr Lebensschicksal nicht selbst ausgesucht haben, die Verpflichtung, ihnen die Chance zu einem gleichberechtigten, menschenwürdigen Miteinander in Gesellschaft und Wirtschaft, in Bildung und Kultur zu eröffnen. Ziel unserer Jugendpolitik ist es, ihnen die gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, ohne ihre nationalen und kulturellen Bindungen mit dem Heimatland zu zerstören. Im Hinblick auf die soziale Integration in den

Bereichen des Kindergartens und der außerschulischen Jugendbildung hat der Bundesfachausschuß Jugendpolitik der CDU bereits vor zwei Jahren Vorstellungen erarbeitet. Die Umsetzung dieser Beschlüsse in die politische Praxis muß weiter vorangetrieben werden.

Leitlinien zur Jugendhilfe

Ein weiterer Bereich der Jugendpolitik, nämlich die Jugendhilfe, soll noch angesprochen werden. Der Bundesfachausschuß Jugendpolitik der CDU hat mit den „Leitlinien zur Jugendhilfe“ seine Vorstellungen von einer zeitgemäßen Jugendhilfe beschrieben und damit deutlich gemacht, welche Aufgaben in den nächsten Jahren in diesem Bereich für notwendig erachtet werden:

- die Förderung neuer Formen in der Jugendhilfe;
- eine Verbesserung des Jugendschutzes, die insbesondere den Entwicklungen im Videobereich Rechnung trägt;
- Maßnahmen und Hilfen, die Jugendlichen eine selbstverantwortliche Lebensgestaltung in der Freizeit und im Berufsleben erleichtern;
- eine stärkere Verwirklichung des Erziehungsgedankens im Jugendstrafrecht und in der Jugendgerichtshilfe.

Politische Sprache

Ein weiterer Punkt als Antwort auf die Fragen der Jugendlichen darf nicht vergessen werden:

Die Politik muß auch für Jugendliche interessanter und verständlicher gemacht werden. Alle Politiker sollten ihre Bemühungen intensiver, die Politik für Jugendliche anschaulicher zu vermitteln; Begriffe und Beispiele im politischen Sprachgebrauch sind zu stark aus der Erwachsenenwelt gewählt, als daß sie von Jugendlichen in die Welt ihrer persönlichen Erfahrungen übertragen werden könnten.

Wie neuere Untersuchungen zeigen, empfinden viele Jugendliche die Politik als ein anonymes und distanzierendes System. Junge Menschen sind offensichtlich nicht in die Lage versetzt worden, politische Strukturen und politische Hand-

lungsabläufe hinreichend zu verstehen. Für die Zukunft der Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung, daß das Interesse der Jugendlichen an der Politik wächst. In diesem Zusammenhang muß die politische Bildung in Schule und außerschulischer Jugendbildung intensiviert werden.

Politik darf nicht Fremdsprache für junge Menschen sein. Es wäre fatal, wenn ein Jugendlicher leichter einen Computer begreifen könnte, als die Zusammenhänge der Politik.

LEITLINIEN ZUR JUGENDHILFE

Der Bundesfachausschuß Jugendpolitik der CDU hat „Leitlinien zur Jugendhilfe“ beschlossen. Die CDU aktualisiert damit ihre Vorstellungen einer zeitgemäßen Jugendhilfe.

In einer 30 Seiten umfassenden Broschüre werden Grundsätze einer jugendorientierten Gesellschaftspolitik thematisiert (Kap. I). Das zweite, umfangreichere Kapitel behandelt den gesamten Bereich der Jugendhilfe, beschreibt den Stellenwert der Jugendhilfe sowie das Verhältnis freier zu öffentlichen Trägern und behandelt Aspekte kommunaler Jugendhilfeplanung. In weiteren Unterkapiteln geht es um Chancen der Jugendarbeit, um Jugendsozialarbeit und Jugendschutz.

Ein eigenes Unterkapitel enthält Vorschläge zur Verbesserung von Erziehungshilfen in und außerhalb der Familie, insbesondere der Familienpflege und der Heimerziehung.

Außerdem finden Aussagen zu besonderen Problemlagen junger Menschen, beispielsweise dem Suchtmittelmißbrauch, eine angemessene Berücksichtigung.

Mit dem vom Bundesfachausschuß ausgearbeiteten Konzept soll insbesondere den Mandatsträgern in Jugendwohlfahrtsausschüssen aber auch Fachleuten der Jugendhilfe eine Orientierung angeboten werden.

Die Broschüre „Leitlinien zur Jugendhilfe“ kann bezogen werden bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1.

Mensch als Mittelpunkt Sozialer Marktwirtschaft

Albrecht Martin

Redebeitrag des Vorsitzenden des EAK der CDU/CSU, Landtagspräsident Albrecht Martin, Mainz, zum Leitartikel des 32. Bundesparteitages der CDU – 9.–11. Mai 1984, Stuttgart –.

Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Stuttgarter Leitsätze, die uns vorliegen, sind ganz gewiß kein neues Grundsatzprogramm, aber sie sind ebenso sicher auch nicht bloße Handlungsanweisungen. Wer sich auf Soziale Marktwirtschaft einläßt, der sagt damit, daß er über eine Wirtschaftsordnung und eine Sozialordnung sprechen will, die nur von dem Menschenbild her verstanden werden kann, das dahinter steht. Die Leitsätze verleugnen ja diesen Bezug keineswegs, sondern sie betonen ihn ganz im Gegenteil an entscheidender Stelle. Ich meine, daß wir in der vor uns liegenden Diskussion mit den Bürgern des Landes klarmachen müssen, daß unsere Vorstellungen von Sozialer Marktwirtschaft ein bestimmtes Menschenbild voraussetzen, und wir müssen dieses sichtbar machen.

Dazu drei knappe Anmerkungen: In der Präambel wird als geistiges Fundament der Sozialen Marktwirtschaft die zum christlichen Menschenbild gehörende Idee der verantworteten Freiheit genannt. Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich fürchte, daß viele in unserem Volk den Zusammenhang von christlichem Menschenbild, marktwirtschaftlichen Grundsätzen und Verantwortung nicht mehr sehen und noch viel weniger bereit sind, ihn anzunehmen. Denn das, was heute vielfach als christliches Menschenbild verstanden wird, ist oft eine einseitige Interpretation, die beispielsweise nur das diakonische Verhalten des Menschen als zum christlichen Menschenbild gehörend meint hervorheben zu müssen.

Und dann ist man natürlich mißtrauisch gegen jede Leistung, weil man sagt, daß der Schwächere zu solcher Leistung nicht fähig sei und jede Forderung nach Leistung ein

Element des Unsozialen enthalte, während wir natürlich wissen, daß der Leistungsbegriff der Sozialen Marktwirtschaft deshalb die Leistung ganz ungebrochen bejahen kann, weil er Leistung ohne diesen sozialen Bezug selbst von vornherein gar nicht kennt. Das, meine ich, muß heute sehr deutlich gesehen werden. Ich denke, daß viele Schwierigkeiten, mit denen wir heute zu ringen haben, darin begründet sind, daß wir die Ganzheitlichkeit menschlichen Lebens in verschiedene Bereiche aufgeteilt haben, die nichts mehr miteinander zu tun haben. Da stehen Marktwirtschaft und soziale Verpflichtung, Eigeninteresse und Nächstenliebe, Freiheit und Bindung, Leistungswille und diakonisches Verhalten unvereinbar neben- oder gar gegenüber. Und dann versucht man jeweils der einen Komponente gerecht zu werden. Das heißt, man will sozial sein, ohne die Bedeutung des Marktes zu erkennen. Man will die Freiheit definieren, ohne sie in ihrem Bezug zur Bindung zu sehen. Man will Leistungswillen bejahen, ohne zu erkennen, daß er ohne diakonischen Bezug nicht sinnvoll ist. Soziale Marktwirtschaft ist deshalb, meine ich, das Programm der Rückgewinnung der Ganzheitlichkeit des Menschen. Das scheint mir sehr viel mit christlichem Menschenbild zu tun zu haben.

Ein zweiter Gesichtspunkt: Meine Damen und Herren, die Leitsätze nennen unter den wichtigen Komponenten des gesellschaftlichen Wandels die demographische Entwicklung. Ich möchte einmal die Frage stellen, ob nicht die Abkehr von der Sozialen Marktwirtschaft eine der demographischen Entwicklung parallel laufende Erscheinung ist; denn ein an Kindern armes Volk hat nicht nur keine Zukunft mehr, sondern es hat diese seine Zukunft ganz bewußt aufgegeben, es ist hoffnungslos geworden. Das halte ich nun in der Tat für eine ganz wichtige Sache, daß nur derjenige überhaupt ernsthaft mit der Zukunft rechnet, der die Zukunft nicht ohne

die Kategorien Hoffnung und Freiheit zu begreifen imstande ist. Ich behaupte, meine Damen und Herren, liebe Freunde, daß der Planwirtschaftler im Grunde ein Mensch ohne Zukunft ist, weil er ein Mensch ohne Hoffnung ist.

Freilich – und das möchte ich hier auf einem Bundesparteitag der CDU doch sagen dürfen –, eine Gesellschaft, die Zukunft nicht mehr als Zukunft Gottes begreift, die sucht die Sicherheit vor der Zukunft durch eine systematisierte, bis ins einzelne gehende Planwirtschaft, und die kann dann einfach das Prinzip Hoffnung als wesentliches Element der Zukunft nicht mehr sehen. Und wer das verloren hat, der wird, wie ich meine, von ganz anderer Seite her den Generationenvertrag brechen; denn nur derjenige, der in die Zukunft Hoffnung setzt, wird den Mut haben, im Blick auf die Zukunft zu investieren. Deshalb hat die Funktionsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft viel mit der Frage zu tun, ob wir für unser Menschsein einfach wieder den Mut, in die Zukunft Hoffnung zu investieren, zurückgewinnen oder nicht.

Ein Drittes möchte ich sagen. Die Leitsätze nennen in den Perspektiven und Zielen Werte, positive Zielsetzungen, die in unserem Volk heute zunächst immer einmal unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, daß sie auch mißbraucht werden können; denn natürlich, der Freiraum, der zur Selbstbestimmung und Kreativität ermutigt, kann mißbraucht werden. Technischer Fortschritt kann zur Seelenlosigkeit und zur Vernichtung führen. Dynamik und Flexibilität der Wirtschaft können dazu führen, daß der Mensch nur noch als Kraft erscheint. Aber, meine Damen und Herren, man vermeidet den Mißbrauch nicht dadurch, daß man das Positive verhindert. Man vermeidet den Mißbrauch der Freiheit nicht dadurch, daß man sie institutionell beschränkt. Man vermeidet den Mißbrauch vielmehr durch den Ruf in die Verantwortung.

Ich meine, daß für diesen großen Bereich auch die Frage gilt, ob wir wieder ein ungebrochenes Verhältnis zum technischen Fortschritt zurückgewinnen. Meine Damen und Herren, es ist meiner Meinung nach für uns eine erschreckende Tatsache, daß wir auch im Bereich der Kirche vielfach die Meinung vertreten finden, als ob der technische Fortschritt von vornherein etwas sei, was den Menschen zur Hybris und zum Mißbrauch geradezu triebe. Ich denke, daß es umgekehrt ist und daß es sich auch in diesem Bereich zeigen wird, ob wir der Zukunft als Menschen entgegengehen, die Hoffnung haben, die

mit Vertrauen in die Zukunft gehen. Nur wenn beides geschieht, werden wir wieder zu verantwortlichem Handeln frei sein. Dieser Verantwortung verweigert sich sowohl der Gedankenlose wie der Leichtfertige, aber auch derjenige, der stehenbleiben will. Beide verweigern sich der Chance verantworteter Freiheit.

Meine Damen und Herren, wenn wir in den Stuttgarter Leitsätzen über die Soziale Marktwirtschaft in unserer Zeit die Forderung nach verantworteter Freiheit neu in den Mittelpunkt stellen, dann tun wir das nicht nur, weil es hier um die Frage geht, die heute zwischen Ost und West zur Entscheidung steht,

die immer wieder bei uns, in unserem Volk neu zur Entscheidung steht, sondern das in Wirklichkeit auch die Frage ist, die von jedem einzelnen von uns ganz unmittelbar Verantwortung fordert. Ich meine, daß es im Interesse einer auf Zukunft gerichteten Politik sehr wohl ist, daß wir uns dieser Frage nach unserem Bild vom Menschen angesichts der Chancen der Sozialen Marktwirtschaft neu stellen. Mir scheint diese Diskussion nicht nur notwendig, sondern auch eine faszinierende Aufgabe zu sein, die geeignet wäre, nicht zuletzt junge Menschen für unsere Idee zu gewinnen. — Vielen Dank.

Buchbesprechungen

„Kulturrevolution und Kirche. Analyse der Auseinandersetzung zwischen christlichem Glauben und Neo-Marxismus“, Albrecht Köperlin, Verlag und Schriftenmission der evangelischen Gesellschaft für Deutschland, Wuppertal, 1983, 3,80 DM.

Wie kommt es nur, daß unsere evangelische Kirche gut eine Generation nach den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus von neuen, noch schlimmeren Krisen erschüttert wird? Das ist die Frage, von deren Beantwortung sich der Verfasser die Gesundung der Kirche erhofft. Vorerst aber stellt er einleitend fest: „Ein tiefer Riß geht durch die evangelische Kirche. In ihrem pluralistischen Verständnis der Kirche ist sie ihres Auftrages nicht mehr gewiß“ (5). Nun folgt aber keine noch so interessante Aufzählung verurteilenswerter „Fälle“ oder Skandale. Sondern diese Schrift analysiert theologisch vom ersten Gebot ausgehend das Aufkommen des Neomarxismus in der Bundesrepublik, seinen „langen Marsch durch die Institution Kirche“ und wie sich in dieser ein spezieller „Christo-Neomarxismus“ etabliert hat. Die einschlägigen Fakten sind, um dem bekannten Vorwurf der Übertreibung von vornherein zu entgegen, gewissenhaft und stichhaltig dokumentiert. Aber die beste Diagnose taugt bekanntlich nichts ohne Therapievor-schlag. Dieser lautet lapidar: überprüfen, umdenken, umkehren, bekennen! Das heißt, nur wenn die Kirche auf den Ruf ihres Herrn zum Umdenken und Umkehren hört (Vgl. 1. Art. der Barmer Theologischen Erklärung), kann er die Kirche vom Rand des apokalyptischen Abgrundes wegrißen. Keine heute er-

hältliche Schrift hat die geistigen Wurzeln der kirchenbedrohenden Ideologie so kurz und überzeugend beschrieben wie diese. Nebenbei bemerkt entbehren die unvermuteten Beispiele aus der bayerischen Landeskirche für norddeutsche Leser nicht der besonderen Pikanterie.

„Die Einzigartigkeit des Alten Testaments — Geschichte und Gegenwart“, S. S. Gafni, Hänssler-Verlag Neuhausen-Stuttgart, 49,80 DM.

Dieser Band gewährt einen Einblick in die Welt des Alten Testaments. Auf 256 Farbseiten mit 392 Farbbildern und 6 Karten zeigt dieses Werk die jüdischen Berge, die Wüste Zin, das Rote und das Tote Meer, den Jordan und den Berg Hermon, wie sie seit unvor-denklichen Zeiten ausgesehen haben. Es schildert Entdeckungen, die neues Licht auf die Bibel werfen. Archäologen haben die Mauer von Jericho und die Stadt Davids ausgegraben. Darüber hinaus vermittelt es die Möglichkeit, das Alltagsleben der biblischen Menschen nachzuvollziehen: Wir können ihre Behausungen, Waffen und Geräte heute ebenso rekonstruieren, wie ihre Ackerbau- und Eßgewohnheiten, ihre Kleidung und ihre Keramik. Der Band berichtet darüber, wie die biblischen Gestalten lebten, was sie trugen und woraus sie ihre Häuser bauten. Auf diese Weise erwacht die Bibel zu neuem Leben.

„Die Wende in Bonn — Deutsche Politik auf dem Prüfstand“, Joseph Bucker und Helmut Schlimbach, Verlag C. F. Müller, 88,— DM.

Das Ausscheiden der CDU/CSU aus der Regierungsverantwortung nach der Bundestagswahl vom 28. September 1969 und die Bildung der ersten sozial-liberalen Koalition lieferte das Schlagwort vom „Machtwechsel in Bonn“. Von vielfachen parteipolitisch vorgeprägten Urteilen einmal abgesehen, bestätigte dennoch der ehemalige Machtwechsel die Integrationsfähigkeit und damit die Lebenskraft dieser Bundesrepublik. Das gleiche gilt für die „Wende in Bonn“, die sich 1982/83 vollzog. Die hier vorgelegte zeitgeschichtliche Dokumentation bietet die Fakten zur Beantwortung etwa der Fragen: Wann begann der Stimmungs- und Regierungsumschwung im Lande? Was führte zur Wende, welches Ziel hatte sie? Und vor allem: Welche politischen Konzepte, besonders auf den Gebieten der Wirtschafts-, Finanz-, Außen- und Sicherheitspolitik sowie im sozialpolitischen Bereich, rangen hier um die Vorherrschaft und werden in der Auseinandersetzung besonders deutlich? Die Verfasser — nahe am Geschehen in Bonn — haben bewußt auf eine eigene Analyse verzichtet, bieten dafür aber umfangreiches Material in übersichtlicher Folge. Das Lesen wird zu einem mit nahezu kriminalistischer Spannung verbundenen politischen Kollég. Schon wieder in Vergessenheit geratene Tatsachen und Wertungen werden in unserer schnellebigen Zeit zu einem anschaulichen Mosaik deutscher Nachkriegsgeschichte. Der verfassungs- und geschäftsordnungsrechtliche Teil des Buches dürfte nicht nur für Spezialisten dieser Fragen von Interesse sein. Unklare gesetzliche Regelungen werden aufgezeigt, Vorschläge zur Änderung unterbreitet.

Bevölkerungswachstum und Entwicklungshilfe

Jürgen Warnke

Bundesminister Dr. Jürgen Warnke hielt am 23. Mai 1984 in Bonn bei der Eröffnung eines Journalistensymposiums der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen nachfolgende Rede:

Es ist mir eine Freude, Sie im Namen der Bundesregierung zu Beginn Ihres Symposiums zum Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt begrüßen zu können. Die Veranstaltung findet zu einem guten Zeitpunkt statt – drei Monate vor der Internationalen Bevölkerungskonferenz in Mexiko-City. Ich danke der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, daß sie die Initiative für dieses Symposium ergriffen hat. Hier wurde die Chance genutzt, Teilnehmer an der Tagung über Bevölkerungspolitik der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung, die als Sachkenner ausgewiesen sind, mit Journalisten ins Gespräch zu bringen.

Das Thema Ihrer Veranstaltung kennzeichnet das Problem: Das Bevölkerungswachstum ist eine Herausforderung für die ganze Menschheit. Manchem Bürger unseres Landes ist dies nicht ohne weiteres einsichtig, denn wir leben im Wohlstand und wir sind die Inhaber des negativen Weltrekords im Bevölkerungswachstum. Was bringt die Zukunft aber für ein Land wie Kenia? Mit fast 4% Bevölkerungswachstum hält Kenia den Spitzenplatz auf der entgegengesetzten Seite der Weltskala des Bevölkerungswachstums.

Und schon heute leiden viele Menschen dort Hunger.

Die Weltbevölkerung wird weiter anwachsen, selbst wenn eine ins Gewicht fallende Verringerung des Geburtenzuwachses erzielbar wäre. Die Eltern des Jahres 2010 sind heute schon geboren. Der Bevölkerungszuwachs findet zu 90% in den Entwicklungsländern statt.

Daraus ziehe ich folgende Konsequenzen:

1. Eine verbesserte Wirksamkeit unserer Entwicklungshilfe ist zur Vermeidung von Hunger und Gewalt unabdingbar. Es ist 5 Minuten vor 12. Der Bevölkerungsexplosion muß eine Qualitätsexplosion der Entwicklungshilfe entsprechen.

2. Selbstverständlich ist es der Mühe wert, die Wachstumskurve abzufachen. Deshalb wird die Bundesregierung geeignete Maßnahmen der Familienplanung im Rahmen ihrer Entwicklungshilfe unterstützen.

Als Ergänzung der Entwicklungspolitik ist also Familienplanung sinnvoll und unabdingbar. Sie ist jedoch kein Ersatz für Entwicklungspolitik.

Deutsche Entwicklungshilfe für bevölkerungspolitische Maßnahmen wurde in der Vergangenheit in erster Linie über multilaterale Organisationen, vor allem über den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) geleitet. Die Bundesrepublik Deutschland ist der drittgrößte Beitragszahler der UNFPA.

Darin drückt sich die Wertschätzung aus, die die Bundesrepublik Deutschland dieser UN-Tochter entgegenbringt. Sie hat auf einem schwierigen Feld in den letzten Jahren Großes geleistet. UNFPA war wesentlich daran beteiligt, daß die meisten Entwicklungsländer im letzten Jahrzehnt eine Bevölkerungspolitik formuliert haben. UNFPA hat es im Gespräch mit den Regierungen erreicht, daß die Entwicklungsländer zunehmend eigene Mittel für die Familienplanung aufbringen. Jede von UNFPA bereitgestellte DM ergänzen die Entwicklungsländer heute selbst mit 4 DM. Insgesamt hat der Bevölkerungsfonds bislang Hilfe im Wert von rund 2,5 Mrd. DM an 135 Entwicklungsländer geleistet.

Gerade die Bevölkerungspolitik ist ein Bereich, der wie kaum ein anderer von uns die Respektierung der Souveränität der Entwicklungsländer fordert. Eine internationale Organisation ist deshalb in besonderem Maße geeignet, als unparteiischer Anwalt und Helfer auf diesem politisch so sensiblen Feld tätig zu werden.

Ich bin gestern mit Herrn Salas, dem Exekutivdirektor des Fonds zusammengetroffen und ich habe den Dank der Bundesregierung für

die geleistete Arbeit mit der Zusage verbunden, daß die Bundesrepublik Deutschland seine Organisation auch in Zukunft in der gebührenden Form unterstützen wird.

Auch in der deutschen bilateralen Entwicklungshilfe haben wir in der Zusammenarbeit mit einzelnen Entwicklungsländern durchaus gute Erfahrungen mit bevölkerungspolitischen Maßnahmen gemacht, Erfahrungen, die in die richtige Richtung weisen.

Diese guten Erfahrungen wollen wir mehr als bisher nutzen und ich möchte an dieser Stelle das unterstreichen, was Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Erklärung zur Internationalen Bevölkerungskonferenz 1984 gesagt hat:

„Die Bundesregierung wird künftig verstärkt bilaterale bevölke-

Aus dem Inhalt

Fröhlich in Hoffnung	1
Erinnerungen an deutsche Einheit Hans Stalger	
Aus unserer Arbeit	2, 13
Auf die Fragen der Jugendlichen tragfähige Antworten finden Gabriele Kokott-Weidenfeld	3
Mensch als Mittelpunkt Sozialer Marktwirtschaft Albrecht Martin	5
Buchbesprechungen	6
Bevölkerungswachstum und Entwicklungshilfe Jürgen Warnke	7
Die Medien sind seine Leidenschaft Gottfried Mehnert	8
Offener Brief an einen evangelischen Pfarrer Arnulf Borsche	9
Dank an Prof. Dr. Roman Herzog Albrecht Martin	9
Kurz notiert	10
Wie steht es mit der Macht der Liebe, wenn die Liebe an die Macht kommt? Albrecht Martin	11

rungepolitische Vorhaben in Entwicklungsländern fördern, wenn dies von den jeweiligen Regierungen gewünscht wird“.

Greifen wird die Familienplanung aber erst dann, wenn die Entwicklungsländer selbst alle erforderlichen Eigenanstrengungen ergreifen, um die Ernährung der heutigen und der künftigen Bevölkerung sicherzustellen. Ich denke an Landreformen, ich denke an eine Politik, die den Kleinbauern wieder

einen Anreiz bietet, mehr zu produzieren – und das heißt vor allem realistische Erzeugerpreise. Über diese Voraussetzungen erfolgreicher Entwicklung wollen wir mit unseren Partnern jenes Gespräch führen, für das sich international das Wort „Politikdialog“ eingebürgert hat.

Vor allem in Afrika ist die Eigenernährung die Schicksalsfrage des Kontinents. Die Sicherung dieser Eigenernährung ist deshalb auch

der Schwerpunkt der Entwicklungshilfe der Regierung Helmut Kohl.

Ihnen wünsche ich eine anregende und inhaltreiche Veranstaltung. Ich möchte Sie, die Vertreter von Presse, Hörfunk und Fernsehen, ermuntern und ermutigen, in Ihrer Dritte-Welt-Berichterstattung nicht nachzulassen, sondern uns ständig ins Bewußtsein zu rufen, daß wir alle, Industriestaaten und Entwicklungsländer, Teil dieser einen Welt sind. Es kann nur eine Zukunft in Gemeinsamkeit geben.

Die Medien sind seine Leidenschaft

Wolfgang Baader 50 Jahre evangelischer Journalist

Gottfried Mehnert

Auf fünf Jahrzehnte weitgespannter und erfolgreicher Tätigkeit im Presse- und Verlagswesen konnte der Kieler Journalist und Verleger Wolfgang Baader am 1. März 1984 zurückblicken. Noch heute ist er auf dem Arbeitsfeld aktiv engagiert, dem er sich mit unermüdlicher Energie und leidenschaftlicher Hingabe fünfzig Jahre lang gewidmet hat, seit er 1934 seinen Berufsweg in der Lokalredaktion der „Bremer Nachrichten“ begann. Baader, der am 14. März 68 Jahre alt wurde, gilt mit Recht als einer der profiliertesten Vertreter der evangelischen Publizistik und als versierter Fachmann auf dem Gebiet des Verlagswesens.

Der Weg dazu führte durch die Lehr- und Wanderjahre in norddeutschen Verlagen, wobei man ihn zur damals verordneten Schulung in der „Reichspressechule“ in Berlin wegen „politischer Unreife“ nur bedingt zuließ. Dann folgten Kriegsdienst als Soldat und Dienstverpflichtung. Nach dem Krieg kam er wieder in seine Vaterstadt Oldenburg, wo er im Evangelischen Hilfswerk mitarbeitete. Hier begegnete er auch Hermann Ehlers, auf dessen Veranlassung er sich 1953 in Schleswig-Holstein an der Gründung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU beteiligte, dessen geschäftsführender Vorsitzender er noch heute ist. Im holsteinischen Bad Oldesloe war Wolfgang Baader 1949 als Chefredakteur und Verlagskaufmann tätig

geworden, und von dort berief ihn 1952 der wieder neu entstandene Evangelische Presseverband Schleswig-Holstein in Kiel zum geschäftsführenden Direktor und Verlagsleiter des Gemeindeblattes „Kirche der Heimat“, das er 1977 zur Nordelbischen Kirchenzeitung umgestaltete. Damit hatte er die Aufgabe gefunden, die ihm 30 Jahre anvertraut blieb.

Wolfgang Baader hat den Evangelischen Presseverband Nord zu einem wirkungskräftigen Instrument der evangelischen Publizistik entwickelt. Dabei kam ihm in den ersten zwölf Jahren besonders zustatten, daß er die Wertschätzung und das Vertrauen des damaligen holsteinischen Bischofs Wilhelm Halfmann fand. Baader hat nicht nur die schleswig-holsteinische und später nordelbische evangelische Medienarbeit an der Spitze des Presseverbands, im Evangelischen Pressedienst (epd), als geschäftsführender Gesellschafter der Lutherischen Verlagsgesellschaft und des Nordelbischen Kirchenverlages maßgeblich gestaltet. Auch in den publizistischen Spitzengremien der Evangelischen Kirche in Deutschland, im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik wie auch im epd-Kuratorium war er wegen seiner zuweilen auch unüblichen Kompetenz und Nüchternheit geachtet und hat sich dabei besondere Verdienste um den Berufsstand des evangelischen Journalisten erworben. Ökume-

nische Weite gehört zu den Perspektiven seines Wirkens; 1953 war er an der Gründung des Ökumenischen Arbeitskreises für Information in Europa beteiligt und amtierte viele Jahre als Obmann für die Bundesrepublik Deutschland.

Als Wolfgang Baader 1981 seine Tätigkeit im evangelischen Zeitschriftenwesen beendete, war dieser Eintritt in den Ruhestand keineswegs das Ende seines beruflichen Werkes. Er behielt den Vorsitz des Vereins der Zeitschriftenverleger in Hamburg und Schleswig-Holstein, den er seit 1969 bekleidete, und blieb damit zugleich auch Vorstandsmitglied des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger. Rechtsfragen und nicht zuletzt auch die „Neuen Medien“ traten in den Vordergrund seines Interesses. Noch einmal wagte er 1982 einen neuen Start. Er gründete in Kiel eine Praxis als Verlagsberater, trat als Gesellschafter in eine Druck- und Verlagsfirma ein und bringt seine profunde Kenntnis des evangelischen Pressewesens als nordelbischer Korrespondent des „Informationsdienstes der Evangelischen Allianz“ (idea) seither mit Erfolg ein.

Das weitgespannte fünfzigjährige berufliche Wirken des bewußt evangelischen Journalisten und Verlagskaufmanns Wolfgang Baader kann man am besten zusammenfassen in dem Satz: Die Medien sind seine Leidenschaft.

Offener Brief an einen evangelischen Pfarrer

Arnulf Borsche

Arnulf Borsche ist Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Hessen.

Sehr geehrter Herr Pfarrer,

in den vergangenen Wochen und Monaten haben Sie wiederholt die Annahme von Briefen verweigert, mit denen wir Sie auf öffentliche Diskussionsveranstaltungen des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Frankfurt aufmerksam machen und zur Teilnahme einladen wollten. Auf den Umschlägen der zurückgesandten Briefe hatten Sie jeweils (sinngemäß) vermerkt, daß Sie „keine Post von der CDU wünschen“.

Darf ich Ihnen ganz freimütig sagen, daß mich diese brüske Ablehnung sehr betroffen gemacht hat. Diese Abwehr jeden Kontaktes wirkte auf mich beinahe so, als ob die Berührung mit einem Aussätzigen vermieden werden soll. Ich

empfinde ein solches Verhalten gegenüber einer Vereinigung einer der großen demokratischen Parteien in unserem Staat als wenig hilfreich und bin überzeugt, daß diese Art der Verweigerung niemandem nützt.

Daß gerade Sie als Pfarrer und Seelsorger in besonders hohem Maße beansprucht sind und nicht jeder Einladung folgen können, ist mir durchaus bewußt. Daß Sie aber so ostentativ jede Möglichkeit vermeiden, mit einer Vereinigung von Menschen in ein Gespräch zu kommen, die sich in christlicher Verantwortung um Fragen und Probleme aus unserem politischen Alltag zu kümmern versucht, irritiert mich außerordentlich. Ist nicht gerade das Aufeinanderzugehen ein zutiefst christliches Anliegen? Ist nicht gerade das mit dem anderen Sprechen ein unmißverständliches Zeichen von Friedfertigkeit? Sind wir

nicht alle in der Pflicht gegenüber unserem Nächsten? Wie kann man dieser Pflicht genügen, ohne mit dem Nächsten zu reden?

Der Evangelische Arbeitskreis ist eine Gruppierung, die sich nicht einseitigem parteipolitischen Wirken verschrieben hat, sondern der es vielmehr darum geht, evangelischen Christen bewußtes politisches Engagement zu ermöglichen und sie zu ermutigen, aus ihrer im Glauben wurzelnden Verantwortung vor Gott entschlossen und uneigennützig mitzuwirken an der Gestaltung unserer Bundesrepublik Deutschland und einer Welt, in der Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden herrschen. Dabei hoffen wir eigentlich auch auf Hilfe unserer Kirche und ihrer Amtsträger. Deswegen suchen wir das Gespräch — auch mit Ihnen.

Mit freundlichen Empfehlungen
Ihr Arnulf Borsche

Dank an Prof. Dr. Roman Herzog

Albrecht Martin

Der Bundesvorsitzende des EAK der CDU/CSU, Landtagspräsident Albrecht Martin, Mainz, hielt anlässlich der Verabschiedung von Prof. Dr. Roman Herzog als Bundesvorsitzender des EAK nachfolgende Rede:

Nach einer weit verbreiteten Ansicht darf man eigentlich im Bereich der Politik und im Bereich der Kirche Menschen ihrer Leistungen wegen nicht loben; sie tun ihre Pflicht um des Dienstes und um des Gehorsams willen. Aber ich denke, daß es zur Freiheit eines Christenmenschen gehört, sowohl Dank zu sagen, als auch Dank anzunehmen. Es gehört zu dieser Freiheit und ist Beweis Ihrer Wahrhaftigkeit, lieber

Herr Professor Herzog, daß Sie nicht den Eindruck erwecken wollen, als sei Ihnen solcher Dank unangenehm.

Zum erstenmal bin ich Ihnen wohl 1972 begegnet, als Sie sich in der CDU-Fraktion in Mainz vorstellten. Der damalige Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl hatte Sie, den Professor der Hochschule Speyer, gebeten, das Amt des Vertreters des Landes Rheinland-Pfalz in Bonn zu übernehmen. Ich erinnere mich an Ihre Worte, damals, nach der für die Unionsparteien nicht glücklichen Wahl von 1972: Jetzt gilt es, deutlich zu machen, wohin man gehört und mit anzupacken. Das war und

ist nicht selbstverständlich, daß ein Hochschullehrer nicht den Elfenbeinturm wählt, sondern die politische Arena. Was das bedeutet, macht eine gelegentliche Bemerkung Roman Herzogs klar, die er vor einer Reise zu einer Tagung von Staatsrechtlern machte: Bis jetzt werde ich dort trotz meiner politischen Tätigkeit anerkannt. Wird nicht ein Teil der Schwierigkeiten unserer Demokratie sichtbar darin, daß ein Wissenschaftler dieses Risiko eingeht, wenn er ein politisches Amt übernimmt?

Aber Sie haben solches Risiko nicht gescheut, auch nicht, als Sie als Nachfolger von Professor Hahn

Kultusminister in Baden-Württemberg wurden; und erst recht nicht als Innenminister. Ja, kann denn ein Christ Chef der Polizei sein, sie gegebenenfalls einsetzen, für eine moderne Ausrüstung eintreten, sogar Demonstranten für von ihnen verursachte Schäden haftbar machen? Kann er in Kauf nehmen, daß einem — natürlich aus sittlichen Überzeugungen — Steine werfenden Rowdy die Nase blutet und die Augen tränen? Ja, er kann! Er kann andererseits darauf verzichten, eine Blockade vor einer Kaserne durch Polizei beseitigen zu lassen, wenn die Demonstranten keinen Schaden anrichten. Es geht um die Aufrechterhaltung der Ordnung, nicht um Durchsetzung von Prinzipien. Auch das ist für Roman Herzog kennzeichnend.

Aber da ist noch ein anderes: Seit vielen Jahren hat er in der Kammer für Öffentliche Verantwortung des Rates der EKD mitgearbeitet. Zusammen mit Christen, die in aktuellen Fragen ganz anders denken als er, hat Roman Herzog nach den Grundlagen verantwortlichen Handelns gefragt und von diesen

Grundlagen her zu denken gegeben; das wollen und sollen ja wohl Denkschriften. Offenbar ist das schwer zu begreifen. Vor einiger Zeit urteilte ein Theologe — und er meinte das abwertend — die Friedensdenkschrift sei weise, aber nicht prophetisch. Ich denke, daß Prophetie ohne Weisheit enthusiastisch ist, und das kann man in der Politik nicht gebrauchen, und es ist auch unbiblisch.

Nun denken Sie vielleicht: Wann kommt er endlich zu den Verdienstlichen um den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU? Aber davon spreche ich schon die ganze Zeit. Denn all das: sein Wissen und sein Engagement, seine Verantwortungsbereitschaft und seine Fröhlichkeit, vor allem aber die Fähigkeit, seinen persönlichen Glauben ganz selbstverständlich als Grundlage seines politischen Handelns vorzuleben, all das hat Roman Herzog in diesen EAK eingebracht, und das hat dessen Arbeit durch viele Jahre hindurch geprägt. Unter seiner Verantwortung hat der EAK auf den fünf Bundestagungen 1978—1984

entscheidende Fragen des Christseins im politischen Feld unserer Zeit zur Diskussion gestellt, dabei vielfach Probleme aufgegriffen, deren Bedeutung erst später von Kirche und Öffentlichkeit erkannt wurden.

Ich nenne den allmonatlich an 14 000 Pfarrer versandten Brief, die Teilnahme an den Kirchentagen, die „Anfragen evangelischer Christen in politischer Verantwortung an ihre Kirche“; und auf der anderen Seite die Beteiligung an der Diskussion innerhalb unserer Partei, an Grundsatzzprogramm und Wahlplattform. Kurz, unter Ihrer Leistung war der EAK — seiner Aufgabe getreu — das Forum geistiger Auseinandersetzung im Dienste unseres Landes wie unserer Kirche. Dafür wollen wir Ihnen heute von ganzem Herzen danken. Wir tun es, indem wir uns vornehmen, diese Arbeit fortzusetzen, so gut wir das können, und in der stillen Hoffnung, Sie auch weiterhin — und unter strikter Beachtung der politischen Unabhängigkeit eines Bundesverfassungsrichters — zu uns rechnen zu dürfen.

Kurz notiert

Nur geheuchelte Solidarität?

Es darf nicht nur um Umverteilung von Arbeit gehen.
35-Stunden-Woche

Werner Lachmann

Die gewerkschaftlichen Kampfpapieren des 1. Mai 1984 standen ganz im Zeichen des drohenden Streiks für die 35-Stunden-Woche. Aus Solidarität mit den Arbeitslosen wollen die Gewerkschaften notfalls auch einen Generalstreik in Kauf nehmen. Den Arbeitnehmern sollte suggeriert werden, daß sie den Arbeitslosen mit dem Streik einen guten Dienst erweisen. Mit ähnlichen Argumenten plädieren zunehmend auch evangelische Pfarrer und Organisationen wie der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt für die 35-Stunden-Woche und billigen oft Kampfmaßnahmen. Wegen der Solidarität, heißt es in der Kirche und außerhalb.

Nicht nur Verteilungsfrage

Solidarität war in der Tat eine der Grundvoraussetzungen für die Arbeiter-

bewegung. In der Soziallehre versteht man darunter das Zusammengehörigkeitsgefühl einer Gruppe (einer für alle, alle für einen). Es ist zu fragen, ob dieser massive Einsatz für die 35-Stunden-Woche wirklich dem Gedanken der Solidarität entspricht:

1. Solidarität verträgt sich nicht mit Denunziation. Alle, die Regierung und die Arbeitgeber, sind für einen Abbau der Arbeitslosigkeit. Nur über die Mittel herrscht Uneinigkeit. Es ist bedenklich, wenn jene, die die 35-Stunden-Woche als untaugliches Mittel ansehen, zu Klassenfeinden oder gar zu Befürwortern der Arbeitslosigkeit gestempelt werden. Die jetzigen Arbeitslosen werden von den Gewerkschaften als „moderne industrielle Reservearmeen“ gedeutet. Wenn der DGB-Vorsitzende Ernst Breit sagt: „Jedes Ja in der Urabstimmung für Arbeitszeitverkürzung ist ein Ja zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit!“ oder: „Die 35-Stunden-Woche ist die einzige Alternative zur Arbeitslosigkeit“, bedeutet das eine gefährliche Denunzierung Andersdenkender.

2. Solidarität verlangt Opferbereitschaft. Es ist ein Unding, eine Solidari-

tät zu betonen, die nichts kosten soll. Man möchte zwar die Arbeit teilen, aber den Lohn nicht.

3. Solidarität bedeutet nicht nur Umverteilung. Die Gewerkschaften scheinen einer Milchmädchenrechnung aufzusitzen, wenn sie von einer konstanten Menge Arbeit ausgehen, die zur Verfügung steht. Es muß nicht nur um eine Verteilung der Arbeitsplätze gehen, sondern um eine Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit sind zu analysieren. Die Arbeitslosigkeit nur zu einer Verteilungsfrage zu erklären, ist unredlich.

Kein Mißbrauch

4. Solidarität sollte auf Freiwilligkeit beruhen. Beängstigend klingt der Zwang, der ausgeübt werden soll. Die Freiwilligkeit einer verkürzten Arbeitszeit sollte im Vordergrund stehen. Viele Arbeitnehmer würden gerne weniger arbeiten und dafür auch auf Lohn verzichten. Andere wiederum müssen aus sozialen Gründen Überstunden fahren, um beispielsweise fällige Raten zu zah-

len. Sie sollten nicht als unsolidarisch abgestempelt werden.

5. Solidarität sollte mit gutem Beispiel vorangehen. Warum beginnen die Gewerkschaften nicht in ihren eigenen Betrieben mit der 35-Stunden-Woche?

6. Solidarität sollte nicht politisch mißbraucht werden. Die Arbeitnehmer sollten sich nicht politisch von jenen mißbrauchen lassen, denen es nur um eine andere Republik und eine andere Wirtschaftsordnung geht. Statt der bewährten Sozialpartnerschaft erklingen dort nur die Töne des Klassenkampfes. Es gibt auch eine Solidarität mit dem ganzen Volk!

Antwort auf Sachargumente

7. Solidarität darf vor Sachargumenten nicht die Augen verschließen. Die Gewerkschaftsführung muß Gegenargumente zu folgenden Überlegungen fin-

den, die gegen eine 35-Stunden-Woche sprechen:

a) Aus betriebswirtschaftlichen Gründen muß eine Verkürzung nicht unbedingt zu einer Mehrereinstellung von Arbeitskräften führen. Erst wenn sieben Personen das gleiche tun, führt eine Reduzierung der Arbeitszeit um fünf Stunden zur Einstellung eines achten Mannes. Arbeitsplätze sind nicht beliebig teilbar.

b) Der Kostenaspekt darf nicht übersehen werden. Bei vollem Lohnausgleich kommt es nur zu einem Anstieg der Inflation, deren Bekämpfung nur zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit führt.

c) Die deutsche Wirtschaft verliert dadurch an Wettbewerbsfähigkeit. Es kommt zu einem Export von Arbeitsplätzen.

d) Die Struktur der Arbeitslosen stimmt mit der Struktur der Arbeitsplätze nicht überein. Arbeitslose Lehrer oder Werftarbeiter können nicht eingestellt werden, wenn Handwerker und Computerfachleute gesucht werden.

e) Die notwendige Rationalisierung zwingt die Arbeitgeber nur zur Entlassung weiterer Arbeitnehmer. Außerdem ist ein Ansteigen der Schwarzarbeit zu befürchten. Die Arbeitszeitverkürzung kann sich somit als Bumerang erweisen.

Es besteht die Gefahr, daß die Arbeitslosen die Kosten zu tragen haben und durch den Streik nur die Gesellschaft zur Kasse gebeten wird. Ist das Solidarität?

Prof. Dr. Werner Lachmann ist Lehrstuhlinhaber für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz.

Quelle: Idea-spektrum 19/84

Wie steht es mit der Macht der Liebe, wenn die Liebe an die Macht kommt?

Albrecht Martin

Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU und Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz, Albrecht Martin, äußerte sich aus der Sicht des Politikers zu vorstehendem Thema auf einer Gemeinschaftsveranstaltung der Bereitschaftspolizei Rheinland-Pfalz mit dem Polizeipfarramt der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau am 2. Mal 1984 in der Mainzer Johanniskirche.

Was könnte uns, was könnte den Menschen insgesamt besseres passieren, als daß die Liebe an die Macht kommt; so kann man auf den ersten Blick antworten. Und doch spricht aus dem Thema eine gewisse Skepsis: So einfach ist es offenbar nicht, wenn die Liebe an die Macht kommt; ja, das Thema läßt sogar den Schluß zu, daß es mit der Macht der Liebe zu Ende sein könnte, wenn sie wirklich an die Macht kommt.

Nun soll ich zu dem Thema aus der Sicht eines Politikers sprechen, und das ist eine heikle Sache. Denn dienstlich kommt die Liebe ja nicht vor, weder im Grundgesetz noch in den Landesverfassungen. In unseren Tagen hat man es den Soldaten

der Bundeswehr sogar verwehren wollen und als Gottesbeleidigung bezeichnet, daß im Großen Zapfenstreich der Choral enthalten ist „Ich bete an die Macht der Liebe, die sich in Jesus offenbart“. Man vergißt meist den Schluß der Strophe: „Ich will, anstatt an mich zu denken, ins Meer der Liebe mich versenken“. Generationen hindurch haben Soldaten das gesungen, und es wäre vermessen, wenn man sie alle der Heuchelei beschuldigen wollte.



Wir tun uns mit dem Thema zunächst einmal schwer, weil wir mit dem Wort Liebe fast nur gefühlsmäßige Werte verbinden. Liebe – das ist eine auf ganz persönlicher Zuneigung beruhende Kraft; sie besteht zwischen einander eng verbundenen Menschen: zwischen Mann und Frau, Eltern und Kindern usw. Zu dieser Liebe kann der Politiker nichts sagen, denn seine eigenen gefühlsmäßigen Bindungen hat er gefälligst von seinem Amt zu trennen, und die gefühlsmäßigen Bindungen anderer gehen ihn nichts an.

Heute müssen wir allerdings damit rechnen, daß moderne Ideologien zielbewußt solche Bindungen zerstören wollen: Der Nationalsozialismus zerstörte bewußt die familiären Bindungen, und daß der Kommunismus grundsätzlich nicht anders denkt, zeigt Orwells „1984“ mit erschütternder Deutlichkeit. Aufgabe des Politikers, der etwas von der Macht der Liebe weiß, ist es also, dafür zu sorgen, daß Verhältnisse bestehen, in denen gefühlsmäßige Bindungen des Menschen sich entfalten können. Das ist in der Gegenwart keine leichte Aufgabe, und ich fürchte, daß die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte auf dem Gebiet der Gesetzgebung diese zwischenmenschlichen Bindungen geschwächt und erschwert, nicht aber gestärkt und erleichtert hat.

Schwieriger wird die Sache mit der Macht der Liebe, wenn wir an die Nächstenliebe denken, und das sollte in der christlichen Gemeinde und unter Christen im Vordergrund stehen. Wer ist mein Nächster? Die Frage ist schon an Jesus gerichtet worden, und er hat sie mit dem

Gleichnis vom barmherzigen Samariter beantwortet: Mein Nächster ist derjenige, der meine Hilfe braucht, aber auch derjenige, der an mir Barmherzigkeit tut, der mir hilft: der letzte Teil der Aussage wird meist unterschlagen. Deshalb verbinden wir mit der Nächstenliebe meist diakonisches Verhalten: Hilfe für Kranke, Alte, Notleidende; heute sagt man: Einsatz für Randgruppen.

Der Politiker ist hier in vielfacher Hinsicht gefordert: Er soll dafür sorgen, daß möglichst wenig Not entsteht, soll die Gruppen und Organisationen unterstützen, die helfen wollen und können, und er soll für alle diese Zwecke möglichst viel Geld bereitstellen. Aber heute entstehen gerade auf diesem, der Nächstenliebe zuzurechnenden Gebiet, für den Christen in politischer Verantwortung Konflikte. Zwei Beispiele:

Die Kinder von in Deutschland lebenden türkischen Arbeitnehmern können bei uns nur dann integriert werden, wenn sie unsere Schulen besuchen. Es liegt also auch in ihrem Interesse, sie möglichst frühzeitig bei ihren Eltern wohnen zu lassen, wenn diese auf Dauer in der Bundesrepublik Deutschland bleiben wollen. Die Eltern wollen aber in vielen Fällen – aus welchen Gründen auch immer – die Kinder möglichst lange in der Türkei lassen. Bis zu welchem Alter soll man den Nachzug ungehindert als Familienzusammenführung geschehen lassen? Die Nächstenliebe fragt nicht danach, wodurch eine Not entstanden ist, sie fragt auch nicht nach den Folgen, die aus ihrer Hilfe sich ergeben können. Der Politiker aber muß nicht nur fragen, sondern muß auch die Folgen bedenken; er kann also in die Lage kommen, momentan lieblos zu erscheinen, weil er die langfristig größere Not verhindert, indem er im Einzelfall bestimmte Härten in Kauf nimmt. Weiß er also nichts von der Macht der Liebe?

Oder: Millionen hungern, bei uns gibt es Überproduktion von Nahrungsmitteln. Also schicken wir die Sachen hin – das erscheint so einfach. Aber selbst wenn die finanziellen und technischen Probleme zu lösen wären – dürfen wir das? Die Erfahrung lehrt nämlich, daß bei zu großen und über längere Frist geleisteten Spenden die Bauern in den hungernden Ländern

aufhören, ihre Äcker zu bestellen: die Not wird größer. Natürlich sollen und müssen wir weiter – auch um der Liebe willen – Hilfe leisten, aber es wird vielleicht deutlich, daß im politischen Raum – gerade um der Liebe willen – Gesichtspunkte mit zu berücksichtigen sind, die mit der Nächstenliebe nichts zu tun haben, ihr vielleicht sogar widersprechen.

Aber vielleicht prüfen wir bei Behandlung unseres Themas überhaupt zu kurz, wenn wir von der Macht der Liebe sprechen und dabei nur an die Nächstenliebe denken. Kehren wir noch einmal zu dem Choral aus dem Großen Zapfenstreich zurück: „Ich bete an die

Unsere Autoren:

Arnulf Borsche
Lyoner Straße 23
6000 Frankfurt/Main 71

Frau Prof.
Gabriele Kokott-Weidenfeld, MdL
Eichendorffstraße 24
5400 Koblenz

Landtagspräsident
Albrecht Martin, MdL
Deutschausplatz 12
6500 Mainz 1

Pastor Dr. Gottfried Mehnert
Grillenberg 24
2300 Kiel 14

Hans Staiger
Architekt, Dipl.-Ing.
Gartenstraße 152
6078 Neu-Isenburg

Dr. Jürgen Warnke
Bundesminister für wirtschaftliche
Zusammenarbeit
Karl-Marx-Straße 4
5300 Bonn

Macht der Liebe, die sich in Jesus offenbart“. In Jesus offenbart sich die Liebe Gottes, die mich, den Sünder, annimmt, mich trotz meiner Schuld zum Gotteskind macht. Das soll auch mein Handeln und Denken bestimmen. Aber trotz dieser Liebe Gottes hören wir nicht auf, Sünder zu sein und auch immer wieder als Sünder – also lieblos – zu handeln. Weil das so ist, brauchen wir Ordnungen, und zwar mit Gottes Willen. Das Einhalten bestimmter Ordnungen ist sogar eine Voraussetzung der Gotteskindschaft: die zehn Gebote stehen im AT am Anfang des Bundesbuches, dem Dokument des nahen Verhältnisses Gottes zu seinem Volk Israel. Wo Ordnungen fehlen, da herrscht

keineswegs die Macht der Liebe, sondern das Chaos, in dem jedenfalls die Liebe nicht zu Wort kommt. Der Politiker muß also dafür sorgen, daß Ordnungen bestehen und daß sie auch beachtet werden.

Nun sind in Deutschland viele Menschen allergisch gegen Ordnungen, und das nicht ohne Grund. Es gibt tatsächlich unmenschliche Ordnungen, die mit der Macht der Liebe nichts gemein haben, sondern eine besondere Form des Bösen zum Sieg verhelfen. Aufgabe der Politik ist es, für Ordnungen zu sorgen, die ein Leben aus der Liebe Gottes ermöglichen. Solche Ordnungen waren verhältnismäßig leicht zu entwickeln, solange die Bevölkerung eines Staates ganz oder doch weitgehend von christlichen Überzeugungen bestimmt war; zu halten waren solche Ordnungen auch dann nicht leicht. In unseren Verhältnissen, also unter den Bedingungen einer pluralistischen Gesellschaft, müssen sich unsere Ordnungen an den Grundsätzen der Verfassung orientieren, also an den allgemeinen Menschenrechten und der Pflicht, diese Menschenrechte zu entfalten und zu sichern. Unser Grundgesetz ist gewiß nicht die Verfassung eines himmlischen Reiches, auch nicht die Ordnung für eine Gemeinde vollkommener Menschen. Das ist es nicht und darf es nicht sein; denn jede Ordnung, die mit dem vollkommenen Menschen rechnet, wird zutiefst unmenschlich. Das galt für die idealistische Ordnung eines Robespierre wie für die Ordnungen des Nationalsozialismus und des Kommunismus. Es gilt auch für jene Gruppen, die gegen unsere Ordnung im Namen einer höheren Menschlichkeit Widerstand meinen leisten zu müssen.

Natürlich ist bei uns nicht alles in Ordnung, vieles ist verbesserungsfähig und verbesserungswürdig. Darum muß man sich bemühen, auch um die Verbesserung von Ordnungen. Es gehört zu den großen Leistungen des demokratischen Rechtsstaates, daß er die Veränderungen der Ordnung ordnet, sie ermutigt und fördert, aber eben in Ordnung. Das Ergebnis der Entscheidungen oder der Veränderung der Ordnung mag für den einen oder für eine Gruppe unbefriedigend sein – es muß gelten, nicht

nur um der Ordnung, sondern auch um der Liebe willen.

Die Macht der Liebe ist eben nicht dort an die Macht gekommen, wo die Neigung des einzelnen entscheidend ist, auch nicht die persönliche Auffassung, sondern nur dort, wo eine Ordnung besteht, in der die Würde des Menschen langfristig gesichert ist und wo der einzelne oder eine Gemeinschaft praktisch Liebe üben kann. Wer eine solche Ordnung schützt, der wird sich zwar nicht immer und unmittelbar auf die Liebe berufen, aber ohne sein Wirken könnte die Macht der Liebe sich nicht einmal in An-

sätzen verwirklichen. So verstanden, stehen Rechtspflege und Polizei durchaus im Dienst der Macht der Liebe.

Wie steht es mit der Macht der Liebe, wenn die Liebe an die Macht kommt?

Die Antwort ergibt sich vom Verständnis der Liebe her. Sehe ich in der Liebe nur die vom Gefühl bestimmte persönliche Nähe, das persönliche Wohlbefinden und die Sorge dafür ohne zu fragen, welche Folgen es hat, wenn man dem nachgibt, dann wird keineswegs die Liebe an der Macht sein, wenn man dem nachgibt.

Sehe ich aber in der Macht der Liebe die Verantwortung am Werk für den Menschen, den Gott liebt und den er trotz aller Schuld zur Freiheit der Gotteskindschaft in dieser Welt berufen hat, dann werde ich für eine Ordnung eintreten, die das alles ermutigt und fördert, die personale Beziehung, die Hinwendung zur Not des einzelnen, die Sorge für das persönliche Wohlbefinden, die aber zugleich weiß, daß wir das alles immer nur im Ansatz haben können und nicht ohne die Grenzen und Beschwerden, die jede Ordnung dem Menschen auferlegt.

Aus unserer Arbeit

Umweltschutz und Jugendprobleme

Hauptversammlung des EAK der CDU Pforzheim

Pfarrer Kurt Meythaler Ehrenvorsitzender – Heinrich Leiser neuer Vorsitzender

Pforzheim: Mit einer Kurzandacht über ein Wort aus dem Johannes-Evangelium, bei der Pfarrer i. R. Harald Porsch das ewige Leben als einen „Standardbegriff in den Reden Jesu“ herausstellte, eröffnete der Evangelische Arbeitskreis der CDU Enzkreis/Pforzheim seine Hauptversammlung. Zu ihr konnte Stadtrat Heinrich Leiser neben dem CDU-Kreisvorsitzenden Hugo Leicht, MdL, zahlreiche Mitglieder, unter ihnen den EAK-Vorsitzenden, Pfarrer i. R. Kurt Meythaler sowie viele Mandatsträger aus Pforzheim und dem Enzkreis begrüßen.

Zu Beginn würdigte Hugo Leicht in einer sehr herzlich gehaltenen Laudatio die von Pfarrer Meythaler seit Gründung des Evangelischen Arbeitskreises geleistete Arbeit. Sich selbst nie schonend, habe dieser als langjähriger EAK-Kreisvorsitzender immer wieder die „geistigen Wurzeln der Union“ deutlich gemacht. „Die Standfestigkeit Kurt Meythalers – auch im Widerstand gegen die menschenverachtende Nazi-Diktatur – ist und bleibt für uns Jüngere ein lebendiges Beispiel“, stellte Leicht fest.

Worte des Dankes fand Heinrich Leiser in seiner Eigenschaft als stellvertretender Kreisvorsitzender des EAK. Wie Hugo Leicht bewunderte auch er die Standfestigkeit Meythalers in einem „von harten Prüfungen begleiteten Leben“ und überreichte als Dankeszeichen den neuerschienenen Künath-Band „Der Christ als Staatsbürger“. Im Namen des EAK-Kreisvorstandes schlug

er der Mitgliederversammlung vor, Pfarrer Meythaler zum Ehrenvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Enzkreis/Pforzheim zu ernennen. Stürmischer Beifall aller anwesenden Mitglieder machte die anschließende Abstimmung zu einer Formsache.

Kurt Meythaler – noch nie ein Freund von gegenseitigem Schulterklopfen – sagte in einem kurzen Dankeswort, er habe lediglich die Verantwortung angenommen und mitgetragen. Er unterstrich, daß das Jesu-Wort „Dienet einander“ mehr als nur eine freundliche Ermahnung sei. Mit den Worten „Laßt uns in diesem Dienst aneinander bleiben und tätig sein“, rief er seine Parteifreunde zur weiteren Mitarbeit auf.

Bei der anschließenden Neuwahl der Gesamtvorstandchaft wurde Heinrich Leiser ohne Gegenstimme an die Spitze des EAK-Kreisverbandes berufen. Zu seinen Stellvertretern wurden Konrad Weiler (Heimsheim) und Klaus de Jong (Pforzheim) gewählt. Schriftführerin blieb nach einstimmigem Votum der Mitgliederversammlung Eva Roth (Pforzheim), Beauftragter für die Öffentlichkeitsarbeit ist weiterhin Werner Engel (Remchingen). Die Wahl der Beisitzer brachte folgendes Ergebnis: Dora Duppel (Maulbronn), Axel Bellon (Straubenhart), Heinz Du Bois (Pforzheim), Gerhard Talmon-Gross (Pforzheim), Horst Engelmann (Pforzheim), Detlef Dankworth (Pforzheim) und Erika Gerlach (Mühlacker).

Wie in den vergangenen Jahren will sich der Evangelische Arbeitskreis auch in Zukunft vor allem tagespolitischer Themen annehmen. Als Schwerpunkte wurden von neugewählten Vorsitzenden der Umweltschutz („Erhaltung der Schöpfung Gottes“), Fragen zur Erziehung in Schule und Familie sowie das Problem „Jugendsekten“ genannt.

Evangelischer Arbeitskreis will Mittler für Politik der CSU sein.

Minister Dollinger: Auftrag der Christen ist, Mut zu verbreiten.

Mainstockheim: Seit 32 Jahren besteht der Evangelische Arbeitskreis der CSU (EAK). Das Bestreben dieses Kreises ist es, über alle konfessionellen Schranken hinweg, im Sinne des christlichen Elementes in der Politik zu wirken. Diese Ansicht vertrat auch Ruth Bauer, Bezirksvorsitzende des EAK, bei der Unterfränkischen Versammlung in Mainstockheim.

Als Gastredner hatte man den Bundesminister und stellvertretenden Bundesvorsitzenden des EAK der CDU/CSU, Dr. Werner Dollinger, eingeladen.

In seinem Referat „Politik aus christlicher Verantwortung“ sagte Dr. Dollinger, daß gerade die Kirche in den vielfältigen Bereichen der Politik und ihrer Problematik Hilfestellung leisten kann.

Jugendliche ansprechen

Eine Aufgabe für den Christen sah der Redner in der Betreuung der Arbeitslosen und ihrer Angehörigen. Zwar sei die Kirche nicht in der Lage Arbeitsplätze zu schaffen, dennoch könne sie die Betroffenen seelsorgerisch versorgen. Auch könnte sich die Kirche für eine „sinnvollere Freizeitnutzung“ einsetzen. Hier sollten vor allem die jungen Menschen angesprochen werden.

„Es erschüttert mich, wieviel Rechthaberei in unserer evangelischen Kirche herrscht“, bekannte der Bundesminister. Seiner Ansicht nach müßten die Geistlichen mit dem Thema Friedenspolitik etwas vorsichtiger verfahren: „Der Mensch als Gottes Ebenbild wird nicht nur im Krieg kaputt gemacht“. Vielmehr würde der Mensch auch im Frieden beispielsweise durch Diktaturen, ernstlich in seiner Freiheit bedroht.

Gefährlicher Islam

Eine Gefahr für den Frieden ist nach Ansicht von Dr. Dollinger in erster Linie der Nahe Osten. „Der Fanatismus der gerade im Islam herrscht, ist für uns eine große Bedrohung, die unterschätzt wird“, erklärte er. Das Christentum habe eine missionarische Aufgabe und dürfe der Religion des Islams nicht weiter „tolerant“ gegenüberstehen. Auf die Gefährlichkeit des Islams hinzuweisen – Aufklärung zu betreiben – sei eine wichtige Aufgabe für die Kirche.

Dollinger bedauerte zum Abschluß seiner Rede, daß auch in der evangelischen Kirche eine große Anzahl von Geistlichen mehr Ängste als Hoffnungen verbreiten würden: „Unser Auftrag als Christen ist es, den Menschen und insbesondere den Jugendlichen Mut zu machen“.

Mut machen

„Staat und Kirche brauchen einander in der Diakonie“, erklärte Ruth Bauer. Das Ziel der neuen Vorstandschaft sollte es sein, die Arbeit in den einzelnen Regionen zu beleben, im „Treffpunkt evangelischer Arbeitskreis“ aktuelle Fragen aufzugreifen, im kirchlichen Bereich für die Politik der CSU Vermittler zu sein sowie die Anliegen aus dem evangelischen Bereich in die politische Arbeit aufzunehmen. „Wir müssen unseren evangelischen CSU-Mitgliedern Mut zum Engagement machen, um eine gute Ausgewogenheit der Mandatsträger zu erreichen“.

Gespräch mit den Kirchen vertiefen

EAK des CDU-Kreisverbandes gegründet – Dr. Werner Letz zum 1. Vorsitzenden gewählt.

Braunschweig: „Wir müssen im konkreten Gespräch mit Kirchengemeinden, Pfarrern und kirchlichen Mandatsträgern den eigenen Standpunkt in politischen Fragen darlegen, um das Verständnis für die politische Position der Union zu fördern“, erklärte der Bundesgeschäftsführer des „Evangelischen Arbeitskreises“ (EAK) der CDU/CSU, Erhard Hackler, bei der EAK-Gründungsversammlung im CDU-Haus am Gieselerwall.

Seit seiner Gründung im März 1952 in Siegen durch den damaligen Oberkirchenrat aus Oldenburg und Präsidenten des Deutschen Bundestages, Hermann Ehlers, hat nach Auffassung des Bundesgeschäftsführers die Bedeutung des Evangelischen Arbeitskreises sowohl im innerparteilichen wie im allgemein staatlich-gesellschaftlichen Bereich ständig zugenommen. Als „Impulsgeber“ bringt der EAK seine politischen Vorstellungen in die Diskussion mit den Kirchen. Zugleich ist der EAK Hörrohr und Sonde im gesamten evangelischen Bereich. Er ist offen für konstruktive Kritik am Staat und geschäfts-

bereit für alle Menschen, die sich in vitalen Fragen von ihren Kirchen nicht verstanden und sogar ausgeschlossen fühlen. Hackler: „Es wäre falsch, sich zurückzuziehen und den kirchenpolitischen Entwicklungen ihren Lauf zu lassen.“

„Hat das deutsche Volk ‚Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott‘ den Staat in die Wertneutralität geführt?“ Zu diesem Thema referierte Dr. Werner Letz, Mitglied im CDU-Kreishauptauschuß und Stadtbezirksrat 222, nach dem er zuvor von den Versammlungsteilnehmern einstimmig zum 1. Vorsitzenden des neugegründeten „EAK des CDU-Kreisverbandes Braunschweig“ gewählt wurde. Gisela Retemeyer, stellvertretende Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung, und Siegfried Luthle (früher Ratsherr) wurden einstimmig als Beisitzer in den EAK-Vorstand nominiert.

Dr. Letz, beruflich in der Erwachsenenbildung engagiert, plädierte für ein lebhaftes Gespräch zwischen Kirche und Staat, in dem aufrichtig und immer wieder um die Grenzen politischen Handelns gerungen werden müsse. Zum „Abstraktum Staatsgewalt“ meinte Dr. Letz: „Wenn menschliches Fehlverhalten nicht mehr der eigenen Verantwortung, sondern dem sozialen Milieu oder krankhaften Zuständen angelastet wird, tritt Frustrationsbewältigung auf Krankenschein an die Stelle der Anerkennung von Schuld und Sühne und ihrer Vergebung im Glauben.“

„Über die Abgrenzung recht verstandener von falsch verstandener politischer Predigt wird noch zu sprechen sein“, kündigte Dr. Letz an, weil unter anderem „kirchliche Amtsträger in ihrem Engagement für soziale Randgruppen der unterschiedlichen Art so weit gehen, daß sie darüber die ihnen anvertraute Gemeinde vernachlässigen“.

Diskussion über Gentechnologie

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Saarpfalz neu belebt.

St. Ingbert: Mit dem Ziel, den evangelischen Arbeitskreis der CDU Saarpfalz neu zu beleben und der Arbeit neue Impulse zu verleihen, wurde in St. Ingbert ein Gesprächskreis gegründet, dem Vorstandsmitglieder aus dem gesamten Kreisgebiet angehören. Nach Ansicht des Vorsitzenden, Ronald Grimm (St. Ingbert), solle jeder Gelegenheit haben, mitzuwirken und mitzuentscheiden.

Er verwies insbesondere darauf, daß die Mitarbeit nicht von der Parteizugehörigkeit zur CDU abhängt. Ein besonderes Anliegen des EAK sei es, dem weitverbreiteten Vorurteil, die CDU sei eine reine „Katholikenpartei“ entgegenzutreten.

Der EAK-Kreisvorsitzende Werner Brach freute sich, daß von jungen Leu-

ten die Initiative zur Unterstützung des EAK Saarpfalz ausgegangen sei. Neben dem 25jährigen Theologiestudent Ronald Grimm, der zum Vorsitzenden gewählt wurde, gehören dem Vorstand weiter an: Christina Schmittner (St. Ingbert), Isabelle Stelter (St. Ingbert), Volker Oberhausen (Kirkel), Kornelia Gumprich (St. Ingbert), Ernestine Gilcher (Bexbach) und Klaus Dieter Wolf (Blieskastel).

Der offene Gesprächskreis will künftig die evangelischen Mitglieder innerhalb der CDU Saarpfalz mit einem Info über seine Arbeit unterrichten und versuchen, neue Mitglieder zu gewinnen. Als erstes öffentliches Treffen ist eine Podiumsdiskussion über „Gentechnologie“ vorgesehen, die in der Kreisstadt Homburg veranstaltet werden soll.

Jugendarbeitslosigkeit analysiert

Uwe Wienholz referierte beim EAK über Ursachen und Aussichten

Münster: „Gibt es noch Hilfe? Oder ist es schon zu spät?“ stellte die geschäftsführende Vorsitzende Ursula Dippel als einleitende Frage zu dem vom Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) veranstalteten Vortragsabend „Perspektiven zur Eindämmung der Jugendarbeitslosigkeit“. Referent im Ratskeller war Diplom-Politologe Uwe Wienholz, Landesvorsitzender des EAK Württemberg und Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk, Dachverband der Jugendsozialarbeit in der Bundesrepublik.

Dem gebürtigen Berliner lag eine Analyse des seiner Meinung nach zu wenig differenzierten Begriffs „Jugendarbeitslosigkeit“ besonders am Herzen. Wienholz stellte eine getrennte Betrachtung von Ausbildungsplätzen und Arbeitsplätzen an. Für ihren Mangel machte er drei Hauptkomponenten verantwortlich. Zum einen die Problematik, die sich aus der merkwürdigen Entwicklung der Bevölkerungspyramide ergibt: Auf die jetzigen geburtenstarken Jahrgänge 1964–66 werden im Zuge des „Pillenkicks“ Mangeljahre folgen. Laut Wienholz schrecken viele Arbeitgeber davor zurück, jetzt unter großen Investitionen Ausbildungsplätze zu schaffen, die in einigen Jahren kaum mehr besetzt werden können. Als zweiten Punkt führte er das konjunkturelle Problem an: Die sich erst langsam bessernde Konjunkturlage stehe in enger Korrelation mit dem Arbeitsmarkt. Das dritte und wichtigste Problem ist nach Ansicht Wienholz' die Strukturkrise. Angesichts der neuen Informations-(Computer-), Kommunikations- und Gentechnologien wage niemand über drei Jahre hinaus eine verbindliche Prognose, ob nur Arbeitsplätze verloren gingen oder auch neue geschaffen würden.

Was kann man tun? „Es gibt keine bessere Versicherung gegen Arbeitslosigkeit als eine abgeschlossene Be-

rufsausbildung", belegte Uwe Wienholz mit Zahlen. Unter den längerfristig Erwerbslosen sei der Prozentsatz der Ungelernten unverhältnismäßig hoch.

Allerdings — so führte Wienholz weiter aus — gebe es eine Deckungslücke von 100 000 Ausbildungsplätzen in diesem Jahr. Der Referent machte besonders 90 000 Ausbildungsabbrecher in der letzten Dekade, deren Plätze den Rest der „Saison“ meist brachliegen müssen, für die Misere mitverantwortlich. Eine Zahl, die von Ursula Dippel in der anschließenden Diskussion als „schockierend“ bezeichnet wurde.

Wienholz wünscht sich mehr Eigeninitiative im Wohlfahrtsstaat, eine Lockerung des Vermittlungsmonopols der Arbeitsämter, Mitarbeit von Industrie- und Mittelstandsbetrieben und eine ethische Neubewertung des Begriffs „Arbeit“. Die Idee der „Freizeitgesellschaft“ mache ihm Angst, die 35-Stunden-Woche sei „das Schlimmste“, was passieren könne. Auch zum Thema Chancengleichheit von Abiturienten, Real- und Hauptschüler hatte Wienholz interessierte und auch teils kritische Zuhörer.

Bonn: „Zwischen Anpassung und Widerstand — Zur Situation der evangelischen Kirchen in der DDR“. Unter diesem Thema stand im Konrad-Adenauer-Haus ein Vortragsabend mit Lichtbildern, zu dem der Evangelische Arbeitskreis (EAK) Bonn unter Vorsitz von Jürgen Rosorius (MdL) eingeladen hatte. Unter den zahlreichen Gästen auch der stellvertretende Superintendent des Kirchenkreises Bonn, Pfarrer Gottfried Busch.

Der Evangelische Arbeitskreis will seine Arbeit in der Region Bonn intensivieren, betonte Jürgen Rosorius einleitend. Das Interesse an aktuellen Diskussionsveranstaltungen zu kirchlichen und ethischen Themen ist recht groß, was der Erfolg vorausgegangener Veranstaltungen zeigte, Rosorius: „Dies macht uns Mut, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen“.

Referent des Abends war K. Rüdiger Durth, Parlamentsredakteur aus Bonn. Durth, der auch rheinischer Pastor ist, beschäftigt sich u. a. intensiv mit deutsch-deutschen Fragen. Seine Grundthese: Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in der DDR ist nicht rechtlich bestimmt, sondern unterliegt einem Prozeß, von dem man nie sagen kann, welche positiven oder negativen Entwicklungen er haben wird.

Obwohl die evangelischen Christen in der DDR gegenwärtig einen relativ großen Freiraum haben und in der Friedensdiskussion bewiesen haben, daß sie selbständige Positionen vertreten, läßt sich nicht im voraus abschätzen, wie sich das Verhältnis zum Staat entwickelt bzw. umgekehrt. Denn die SED habe ihren Anspruch auf eine atheistische Gesellschaft nicht aufgegeben.

Allerdings wisse man seitens der Kommunisten, daß die ursprüngliche Hoffnung auf ein Aussterben der Kirche nicht in Erfüllung gehen werde.

Die seit 1971 gültige Formel von einer „Kirche im Sozialismus“ schaffe den Freiraum für eigenes Handeln, der durch das historische Gespräch vom 6. März 1978 zwischen DDR-Staatsratsvorsitzendem Erich Honecker und der Kirchenleitung bestätigt worden sei. Das Lutherjahr 1983 habe der Kirche neue Möglichkeiten der öffentlichen Wirksamkeit eröffnet, die gut genutzt worden seien.

Dennoch dürfe man nicht übersehen, daß die Christen in der DDR ständig „zwischen Anpassung und Widerstand“ in einer sozialistischen Gesellschaft lebten und die daraus entstehenden Konflikte täglich neu aushalten müßten. Durth wies mit Nachdruck auf das Märtyrer-Dasein der Christen in der Tschechoslowakei hin, das leider im freien Westen viel zu wenig oder gar nicht bekannt sei.

Karlsruhe: Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU, Landesverband Baden, hat Herrn Kultusminister a. D. Prof. D. Dr. Wilhelm Hahn MdEP zu seinem Ehrenvorsitzenden gewählt. Diese Ehrung soll anlässlich des 75. Geburtstags von Prof. Hahn den Dank für die langjährige intensive Mitarbeit im Bundesvorstand und im Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises ausdrücken und die enge Verbindung mit dem Jubilar auch öffentlich darstellen.

In einer Ansprache würdigte der Vorsitzende des EAK-Baden, Herr Prof. Dr. Hans-Martin Pawlowski, den neuen Ehrenvorsitzenden als überzeugendes Vorbild für politisches Handeln von Christen. Sein Fach, die praktische Theologie, sei für ihn nicht nur Wissenschaft, sondern immer auch Lebensform gewesen. Es war immer wieder die überzeugende Verbindung von Person und Sache, die das Handeln von Prof. Hahn auszeichnete und sein Wirken im Evangelischen Arbeitskreis prägte. Pawlowski erinnerte an das Engagement von Prof. Hahn in der Bekennenden Kirche sowie die Teilnahme an der Bekenntnissynode 1934 in Barmen und hob hervor, daß Hahn und seine Freunde als junge Theologen auf die Anstellung in der Landeskirche verzichtet und ihren Dienst aus ungesicherter Position versehen hätten. Er sah darin ein bemerkenswertes persönliches Bekenntnis, das sich von vielen Bekenntnissen in der Gegenwart deutlich unterscheidet. Präses Thimme fügte in einem weiteren Beitrag hinzu, daß Hahn in der damaligen Situation in bemerkenswerter Weise nach dem Weg seines Gehorsams gegenüber Gott gefragt und sich beispielgebend den Irrtümern einer politisierenden Theologie entgegengestellt habe.

Mit der Ernennung zum Ehrenvorsitzenden verbindet der EAK-Baden die Hoffnung, daß Prof. Hahn das Wirken des Evangelischen Arbeitskreises noch lange begleiten und mit seinen Erfahrungen und Einsichten als Christ in politischer Verantwortung bereichern kann.

„Diakonisches Werk“ Thema beim EAK Vorsitzender Wiese am Amt bestätigt

Hamm: Zu einem eindrucksvollen Vertrauensbeweis für den Vorstand des wiedergegründeten Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU Hamm gestaltete sich die Jahreshauptversammlung des EAK im Lokal „Dreiländereck“ in Pelkum. Dazu begrüßte Vorsitzender Ratsherr Heinrich Wiese auch die Vorsitzenden der CDU-Ortsunion Pelkum, Ratsfrau Rosemarie Marx, den CDU-Stadtbezirksvorsitzenden Günter Schröder, den Vorsitzenden des Diakonischen Werkes Hamm, Wilhelm Klumb, sowie den Leiter des Werkes, Walter Meyer, als Referenten des Abends.

In einem kurzen Rückblick auf die vergangenen zwei Jahre erinnerte Vorsitzender Wiese an die zahlreichen Veranstaltungen und Gespräche mit Gruppen in der evangelischen Kirche sowie an die Kontakte zum EAK auf Landes- und Bundesebene. Höhepunkt war die Beteiligung einer starken Abordnung des EAK Hamm an der Bundestagung anlässlich des 50. Jahrestages der Barmer Bekenntnissynode im Jahre 1934 in Wuppertal.

Bei der vom Ratsmitglied Marx geleiteten Neuwahl des Vorstandes wurden 1. Vorsitzender Heinrich Wiese, 2. Vorsitzender Reinhold Kaldewei, 2. Schriftführer Günter Schröder sowie die Beisitzer Inge Dreist (Heessen), Horst Hermann (Rhynern), Wolf Köhler (Mitte), Ratsherr Johannes Parrpel (Uentrop), Dr. Rainer Schmitt (Heessen) und Bezirksvertreter Heinrich Schäfer (Lerche) wiedergewählt. Neuer 1. Schriftführer wurde der Vorsitzende der Jungen Union Heessen, Jörg Gromzik, neue Beisitzer wurden Doris Conrady (Rhynern) und Hermann Marks (Bockum-Hövel).

Starkes Interesse fanden anschließend die Ausführungen des Leiters des Diakonischen Werkes, Meyer, zum Thema „Der Dienst der Kirche am alten Menschen“. Ziel der Arbeit, die vom Essen auf Rädern bis zur Telefonseelsorge reiche, sei der ganze Mensch, wodurch sich das Diakonische Werk von anderen Trägern der freien Wohlfahrtspflege zum Teil unterscheide. Im Kirchenkreis Hamm zähle das Diakonische Werk 600 ehrenamtliche und 100 hauptamtliche Mitarbeiter.

Großer Einsatz gewürdigt — Verdienstmedaille für Pfarrer I. R. Kurt Meythaler

Pforzheim-Enzkreis: Der Gründer und Vorsitzende des EAK in Pforzheim und

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Landtagspräsident Albrecht Martin, MdL; Bundesminister Dr. Werner Dollinger, MdB; Kai-Uwe von Hassel, MdEP; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Staatsminister Friedrich Vogel, MdB • Redaktion: Rechtsanwalt Erhard Hackler, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4,— DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK — Post-scheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet — Belegexemplar erbeten.

im Enzkreis, Pfarrer i. R. Kurt Meythaler, erhielt die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Oberbürgermeister Dr. Willi Weigelt überreichte die Verleihungsurkunde und übermittelte die Glückwünsche des Bundespräsidenten und der baden-württembergischen Landesregierung. Die Stadt Pforzheim begrüßte es, daß sein großer Einsatz durch diese Auszeichnung gewürdigt werde.

Kurt Meythaler wurde am 16. August in Karlsruhe als Sohn eines Reichsbahnbeamten geboren. Im Alter von zwölf Jahren trat er dem Bund deut-

scher Bibelkreise bei. Mit 17 Jahren gründete er die „Evangelische Jungfront“ in Karlsruhe und Durlach. Als Schüler setzte er sich zu Beginn des Dritten Reichs für jüdische Mitbürger ein, sein Weg führte ihn zum Bibelkreis der Bekennenden Kirche, was Verhöre durch die Gestapo und Hausdurchsuchungen zur Folge hatten.

Nach dem Krieg arbeitete Meythaler als Vikar in Heidelberg-Rohrbach und Baden-Baden. Als Seelsorger wirkte er unter anderem in Phillipsburg ehe er 1973 nach Pforzheim versetzt wurde, wo er bis zu seiner Zuruhesetzung im Jahr 1979 als Klinikseelsorger an den

Krankenhäusern Siloah und St. Trudpert arbeitete. Viele Jahre ist Kurt Meythaler auch in der Basler Mission tätig gewesen, er arbeitete auch im badischen Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU mit.



Dekan Schäfer würdigte Pfarrer Meythaler als einen Mann, der immer darum bemüht gewesen sei, daß die Kirche nicht ins Ghetto gehe und nicht zur Partei werde. Worte des Dankes sprach auch Professor Dr. Hans-Martin Pawloski, der Vorsitzende des EAK in Baden.

Barmen heute - Der evangelische Christ im Staat des Grundgesetzes

Die Broschüre mit der Zusammenfassung der Reden und Referate der 26. EAK-Bundestagung in Wuppertal (Februar 1984) liegt nunmehr vor.
Stückpreis: DM 2,—

Sie können die Broschüre Nr. 3539 bestellen:

beim IS-Versandzentrum
Postfach 13 28
4804 Versmold

Mindestbestellmenge 15 Stück, die Lieferung erfolgt mit Rechnung.

Einzelbroschüren sendet Ihnen auch die
EAK-Geschäftsstelle zu,
Friedrich-Ebert-Allee 73-74, 5300 Bonn 1.

Bitte fügen Sie Ihrer Bestellung in diesem Fall den Betrag in Briefmarken bei.

BLECKMANN, HANS

FROEBELSTR. 11

2080 PINNEBERG-THESDORF \$\$

EAK der CDU/CSU • Friedrich-Ebert-Allee 73-75 • 5300 Bonn
Postvertriebsstück • F 5931 EX • Gebühr bezahlt